

1926 dann kann die Beitragseinnahme sogar auf 470 Millionen Mark steigen, vorausgesetzt, daß die Beschäftigungsziffer im zweiten Halbjahre 1926 nicht weiter sinkt — gerade diese Voraussetzung wird aber von maßgebenden Wirtschaftskreisen lebhaft bestritten. Die Beitragserhöhung, die mit dem 1. Oktober 1926 einsetzt, wird für das 1. Vierteljahr nach einer allgemeinen Erfahrung und wegen der Unsicherheit des Arbeitsmarktes in der rauhen Jahreszeit nur ganz niedrig veranschlagt werden dürfen. Wegen des Umlageverfahrens ist die Invalidenversicherung der Günst und Ungünst des Arbeitsmarktes ausgeliefert; Einschränkungen und Stilllegungen von Betrieben gefährden in der Fernwirkung auch die Versorgung von 1,6 Millionen Invaliden (1923: 1,8 Millionen), 200 000 Witwen (1918: 12 000) und 1,3 Millionen Waisen (1918: 40 000).

Der Reichszuschuß beträgt im Kalenderjahr 1926 nach der Berechnung des Reichsversicherungsamtes 150 bis 155 Mill. Mark. Der Voranschlag des Reiches von 41 Millionen Mark für die Aufwertung aller Renten begründet einen Erstattungsanspruch gegen die Versicherungsanstalten und ist von diesen auslaufenden Einnahmen zu decken; er gehört deshalb weder zu den Beitragseinnahmen noch zum Reichszuschuß.

5. In seiner Abhandlung „Reform der Sozialversicherung“ („Berliner Börsenzeitung“ Nr. 465 vom 21. Oktober 1926) hat Dr. Pfaffschief die Belastung der Wirtschaft durch die Sozialversicherung auf 4,8 Milliarden Mark geschätzt. Seine Rechnung 1926 geht schon auf 2,8 Milliarden Mark zurück. Bei dieser fallenden Tendenz darf man wohl hoffen, daß seine weiteren Versuche der Wirklichkeit immer näher kommen. Damit wird er sich um die Wirtschaft und die Sozialversicherung verdient machen; er wird die Wirtschaft vor einer falschen Berechnung der Preise bewahren, und das durch seine bisherigen Rechnungen erschütterte Vertrauen in die Sozialversicherung zum Teil wieder herstellen.

Die Besprechungen zwischen Caillaux und Churchill.

London, 25. August. Heute früh hatte Caillaux eine längere Unterredung mit dem Gouverneur der Bank von England Montagu Norman. Die Reuter erfährt, war der Hauptgegenstand dieser Unterredung die von Frankreich übernommene Verpflichtung der Rückzahlung der von der Bank von England an die französische Staatsbank gegebenen Anleihen in jährlichen Raten. Nach Beendigung dieser Unterredung hatte Caillaux eine kurze Besprechung mit Churchill. Nachmittags folgten Verhandlungen zwischen Caillaux und dem früheren Schatzkanzler und jetzigen Generaldirektor der Midland-Bank McKenna, die noch andauern. Später wird Caillaux mit Churchill über das Ergebnis der Besprechungen der beiderseitigen Finanzfachverständigen beraten. Heute abend findet auf Einladung Churchills ein Essen zu Ehren Caillaux statt, an welchem außer dem Außenminister Außen Chamberlain auch andere Kabinetsmitglieder teilnehmen.

Churchill und Caillaux werden heute ihre Besprechungen über die Rückzahlung der französischen Kriegsschulden an England fortsetzen. Gestern abend fand ein Essen in kleinem Kreise in der französischen Botschaft statt, an dem außer den beteiligten Staatsmännern der Gouverneur der Bank von England Montagu Norman teilnahm. In unterrichteten Kreisen wird betont, daß die Besprechungen zwischen den beiden Finanzministern informeller Natur sind, und daß kein offizieller Bericht über das Ergebnis der Verhandlungen zu erwarten ist, bevor die beiden Minister ihren Kabinetten Bericht erstattet haben.

Frankreich beginnt den Vormarsch in Marokko.

Paris, 25. August. Habas meldet aus Casablanca: In der Gegend von Tulkala ist ein Kontingent von 800 eingeborenen Reitern ausgehoben worden. Die Abteilung ist auf dem Marsch nach Fez. Ein weiteres Kontingent von 350 Reitern, das bei Souja gebildet wurde, soll morgen nach Fez abgehen.

Das französische Armeekorps, das nördlich von Rabat Morabich steht, hat seinen Vormarsch begonnen, um die Branas zur Unterwerfung zu zwingen. Bisher sind diese Operationen günstig verlaufen.

Heute nachmittags wird unter dem Vorsitz des Marschalls Bertain ein Kriegsrat der Generalstabsoffiziere der Nordfront stattfinden, um die Lage zu prüfen und Beschlüsse über die nächsten Aktionen zu fassen.

Die an der Wessan-Front stehenden Dscheballas sind durch Wirstruppen und Angehörige der Omara verdrängt worden. Sämtliche Stämme an der Westfront haben Befehl erhalten, sich dem Bruder Abd el Krims, der kürzlich in Tetuan eingetroffen ist, zur Verfügung zu stellen. Zur Verhinderung einer spanischen Landung an der Bau-Mündung hat Abd el Krims Befehl gegeben, die Küste zwischen Tigras und Gmsa für die Verteidigung herzurüsten.

Zur Lage in Syrien.

Paris, 25. August. Eine Habasmeldung aus Kairo berichtet über einen Kampf zwischen Franzosen und Drusen. Eine Abteilung von etwa 1500 Drusen, die sich auf dem Wege nach Damaskus befand, wurde von französischer Kavallerie, die von Miegern unterstützt wurde, angegriffen und zurückgeschlagen. Die Drusen sollen große Verluste erlitten haben.

Der internationale Sozialistenkongreß.

Marseille, 25. August. Die Ausschüsse des internationalen Sozialistenkongresses haben heute ihre Beratungen fortgesetzt. Der Ausschuß, der sich mit der Frage des Sicherheits- und Garantiepaktes beschäftigt, hat eine aus vier Delegierten zusammengesetzte Unterkommission eingesetzt, die damit beschäftigt ist, eine Lösung auf dem Wege der Vermittlung zu erzielen. Der osteuropäische Ausschuß befaßt sich mit der russischen Frage. Seitens der Revolutionärsocialisten wurde die Ansicht vertreten, daß zum Sturze des Bolschewismus

alle Mittel anzuwenden seien, während die Menschheit nur erlaube und mit dem demokratischen Gedanken vereinbarte Mittel in Anwendung bringen wollen.

In der heutigen Vollversammlung sollen folgende Fragen verhandelt werden: Streik, Achtstundentag und Organisation der Internationale.

In seiner Sitzung am Mittwoch vormittag befaßte sich der Kongreß ganz besonders mit dem Achtstundentag und nahm eine Entschließung an, in welcher die Hoffnung ausgesprochen wird, daß die sozialistischen Arbeiter aller Länder in ihren Anstrengungen nicht nachlassen werden, bis der Achtstundentag praktisch durchgesetzt ist. Eine hierauf bezügliche Propaganda müsse unablässig betrieben werden. Der Kongreß lenkte weiter die Aufmerksamkeit der Arbeiter der ganzen Welt darauf, daß die Washingtoner Abmachungen von mehreren industriellen Hauptländern noch nicht ratifiziert worden sind und verlangte, daß die Regierungen, welche die Abmachungen noch nicht ratifiziert haben, dies sofort nachholen. In einer Kommission des Kongresses entspann sich heute zwischen der tschechoslowakischen Abordnung und der Abordnung der Deutschen aus der Tschechoslowakei ein Streit, weil die Deutschen unter den Kongreßteilnehmern Traktate verteilt haben, in welchen die innere Politik der Tschechoslowakei heftig angegriffen wird. Die tschechoslowakische Abordnung erhebt daher Protest beim Büro des Kongresses.

Die Stimmenzahl auf dem Sozialistenkongreß ist, wie Agence Havas berichtet, auf 812 festgesetzt und wie folgt unter die verschiedenen Länder verteilt worden: England 40, Deutschland 40, Frankreich 25, Belgien 17, Italien 18, Schweden 13, Dänemark 12, Vereinigte Staaten von Amerika 11, Holland 10. Die kleinen Länder haben je 4, 3, 2 oder auch nur 1 Stimme.

Rundgebung gegen Krafft.

Paris, 25. August. Die „Eco de Paris“ mittelt, wurde gegen den Sowjetbotschafter in Paris, Krafft, der zurzeit in Villers sur Mer seinen Urlaub verbringt, gestern nachmittags eine Rundgebung veranstaltet, wobei der Ruf laut wurde: „Es lebe Georgien!“

Der ägyptische Innenminister reist nach Frankreich.

Paris, 25. August. Nach einer Habas-Meldung aus Marseille wird der ägyptische Innenminister Sieghs Wahsan am 28. August in Marseille erwartet. Er wird etwa einen Monat in Frankreich bleiben.

5. Internationaler demokratischer Friedenskongreß.

Luzemburg, 25. August. Der Friedenskongreß wird vom 9. bis 14. September in Luzemburg abgehalten werden. Bei der feierlichen Eröffnung im monumentalen Cercle Municipal wird auf die Begrüßungsbrede des luxemburgischen Kammerpräsidenten Blum, Marc Sangnier, Präsident des internationalen Ausschusses für demokratische Aktion, antworten. Am 10. September werden die Kongreßisten, die bereits in großer Anzahl angemeldet sind (darunter die H. H. Quibbe, Heile, Weismantel, Schreiber usw. für Deutschland) von Staatsminister Prüm und Bürgermeister Tiberich empfangen werden. Die drei großen auf der Tagesordnung stehenden Fragen sind: Das Genfer Protokoll und die Sicherheitspakte, die wirtschaftlichen Rückwirkungen des Krieges auf gewisse soziale Klassen und die Rindererziehung im pazifistischen Geiste. Eine große öffentliche Versammlung, in welcher Marc Sangnier, Prof. Quibbe, Tom Sturzo, Gründer der italienischen Volkspartei, Henri Heilmann (belgischer Abgeordneter) usw. das Wort ergreifen werden, wird den Kongreß am 13. September beenden. Am Montag, den 14. September, wird eine große Volksversammlung unter freiem Himmel den endgültigen Schluß bilden.

Die chinesische Zollkonferenz.

Teilnahme Englands und Amerikas.

Washington, 25. August. Die amerikanische Regierung hat die Einladung Chinas zu der Zolltariffkonferenz, die am 28. Oktober in Peking zusammentreten soll, formell angenommen.

Aus London wird gemeldet: Die britische Regierung hat die Einladung zur Teilnahme an der am 28. Oktober zusammentretenden Chinesischen Zollkonferenz angenommen.

Von den in China gefangen gehaltenen englischen Missionaren.

London, 25. August. Die von chinesischen Räubern gefangen gehaltenen englischen Missionare waren nach einer Meldung aus Peking am 6. d. Mts. noch am Leben und Verhandlungen bis dahin nicht ausgelegt. Es sind Schritte zu ihrer Befreiung eingeleitet.

Coolidge über die Vorzugsbehandlung Belgiens.

Washington, 25. August. Präsident Coolidge ist, wie die „Associated Press“ aus Swamscott meldet, der Auffassung, daß das Schuldenabkommen mit Belgien keinen Präzedenzfall für eine Regelung der französischen und der italienischen Schulden schafft. Coolidge ist der Ansicht, daß Belgien zum Kriege in einem anderen Verhältnis stand als seine Mitkrieger. Er geht davon aus, daß Belgien als neutraler Staat in einer Weise in den Konflikt verwickelt wurde, daß es auf die Anteilnahme von Regierung und Öffentlichkeit in Amerika rechnen konnte und daß demgemäß in den Vereinigten Staaten der Wunsch bestand, Belgien bei der Konfliktlösung seiner Schulden so weit als möglich entgegenzukommen.

Beratung im Reichskabinett über die französische Antwortnote.

Berlin, 25. August. In der heutigen Sitzung des Reichskabinetts wurde der Wortlaut der französischen Antwortnote über die Sicherheitsfrage zur Kenntnis genommen und grundsätzlich erörtert. Die Einzelberatung findet morgen nachmittag statt.

Die Beratung der übrigen Angelegenheiten der heutigen Tagesordnung, insbesondere auch der Maßnahmen betreffend die Preisbildung, dauert noch an.

Eine amerikanische Zeitschrift über Deutschland als Republik.

Die Zeitschrift „Nations Business“ veröffentlicht einen Artikel ihres Herausgebers Thorpe, in dem dieser schreibt, er sei nach Berlin gegangen, um zu erlautern, ob die Wahl von Hindenburg zum Reichspräsidenten als Zeichen dafür aufzufassen sei, daß das deutsche Volk noch immer militärischen und monarchischen Bestrebungen huldige oder ob Deutschland es mit einer stabilen republikanischen Regierung ernst meine. Der Artikel schildert die Eindrücke, die Thorpe in Unterredungen mit einer großen Reihe deutscher und amerikanischer Staatsangehöriger über den Reichspräsidenten und seine Arbeit gewonnen hat. Thorpe sagt, es herrsche allgemein das Vertrauen, daß der neue Reichspräsident die Verfassung aufrechterhalten werde. Auf diesem Vertrauen zu Deutschlands Bestrebungen beruhe, so bemerkt Thorpe, der Erfolg des Dawesplanes, dessen Scheitern die Vereinigten Staaten mehr als irgendein anderes Land in Mitteleuropa zuziehen würde. Reichspräsident von Hindenburg habe ein tiefes Pflichtgefühl. Thorpe erklärt weiter, es sei ihm von maßgebenden Kreisen versichert worden, daß Hindenburg und Deutschland den Dawesplan durchführen würden. Es sei zwar betont worden, daß hinsichtlich der Transferierung der Kredite Schwierigkeiten beständen, aber gleichzeitig sei darauf hingewiesen worden, ein wie großer Vorteil es sei, daß der Plan elastisch sei und daß er neue Mittel und Wege für neue Verhältnisse zulasse. In einer redaktionellen Bemerkung sagt die Zeitschrift, daß die Ausführungen Thorpes zur rechten Zeit kämen, da Deutschland vor kurzem zur internationalen Handelskammer zugelassen und in geschäftlicher Hinsicht wieder zur Familie der Nationen zurückgekehrt sei.

Die Amerikareise des Reichsbankpräsidenten.

Berlin, 25. August. Ueber eine möglicherweise beabsichtigte Reise des Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht nach Amerika sind eine Reihe unrichtiger Meldungen in Umlauf gesetzt und daran ebenso unrichtige Kommentare geknüpft worden, vornehmlich in der ausländischen Presse. WTB. wurde vom Reichsbankpräsidenten beauftragt, zu erklären, daß nach dem freundschaftlichen Besuch, den der Gouverneur der „Federal Reserve Bank“ von New York, Herr Benjamin Strong, in Berlin gemacht hat, es der Wunsch des Reichsbankpräsidenten ist, diesen Besuch gelegentlich zu erwidern. Wenn ein solcher Gegenbesuch möglich sein wird, läßt sich zurzeit nicht übersehen. Mit Besprechungen über den Dawesplan wird der Besuch indessen nicht das geringste zu tun haben. Dr. Schacht hat stets den Standpunkt vertreten, daß alle Voraussetzungen über die Möglichkeiten der Durchführung oder Nichtdurchführung des Dawesplanes durchaus erfüllt sind, und daß es zunächst für Deutschland nur darauf ankommen kann, alles in seinen Kräften stehende zur Durchführung des Planes zu tun. Alle Vermutungen über eine evtl. Unmöglichkeit der Durchführung sind um so unangebrachter und grundloser, als der Generalagent erst vor kurzem konstatiert hat, daß bisher alle Zahlungen Deutschlands unter dem Dawesplan reiflos und pünktlich erfüllt sind. Auch mit der Stinnesaffäre hat der mögliche Besuch des Reichsbankpräsidenten in Amerika nicht das geringste zu tun. In der Stinnesaffäre sind bisher sämtliche Fälligkeiten ausnahmslos bezahlt worden, ohne daß für die Firma Stinnes irgendwelche ausländische Hilfe in Anspruch genommen worden ist, im Gegenteil sind gerade die ausländischen Gelder bereits nahezu ganz abgedeckt und es sind nur noch geringe ausländische Fälligkeiten zu erwarten. Der Gang der freiwilligen Liquidation ist ein solcher, daß auch weiterhin damit gerechnet werden darf, daß die Firma allen ihren Verpflichtungen nachkommen wird. Ausländische Hilfe wird hierzu in keinem Falle nachgesucht zu werden brauchen.

Schließlich sind auch alle Mitteilungen über Kreditverhandlungen, die der Reichsbankpräsident angeblich in Amerika aufzunehmen gedenkt, völlig müßige Kombinationen. Es liegen keinerlei derartige Absichten vor.

Ein Dementi des Kronprinzen von Bayern.

München, 25. August. Das Kabinett des ehemaligen Kronprinzen Rupprecht von Bayern teilt mit, daß die seit einiger Zeit ausgetauschten Gerüchte über eine Zusammenkunft des deutschen und des bairischen Kronprinzen auf dem Schloße Mondsee des Grafen Wimpfen sowie alle an diese angebliche Zusammenkunft geknüpften Kombinationen aus der Luft gegriffen sind. Kronprinz Rupprecht war, wie es in der Mitteilung heißt, nicht in Mondsee. Er hat den deutschen Kronprinzen seit dessen Besuch in München im Oktober 1924 überhaupt nicht mehr gesehen.

Reserve für das Opiumverbot.

Singapore, 25. August. Die geleghende Adressen der Straits Settlements hat beschlossen, 30 Millionen Dollars aus den Verwaltungsüberschüssen als Reserve für den voraussichtlichen Verlust der Opiumeinkünfte zuzulegen, und hat außerdem die Zölle für Opium und Tabak erhöht.